

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

20.4.1923 (No. 92)

Expedition:  
Karlstr. 14  
Karlstr. 14  
Karlstr. 14  
Karlstr. 14  
Karlstr. 14

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenpreis: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Neuauflageverträgen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Einem verschärften Versailles entgegen.

Von Professor Dr. Hermann Reinfried-Karlsruhe.

Die Reise des französischen Großindustriellen Loucheur nach England hat das schlummernde Reparationsproblem wieder zur ernsthaften Diskussion in der Weltpolitik gestellt. Man sagt, Loucheur sei nicht ohne Wissen und Willen Poincarés nach London gereist, und diese Meinung erhält seine beste Stütze in der Tatsache, daß Loucheur unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Paris dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem Präsidenten der französischen Republik Millerand seine in London empfangenen Eindrücke berichtete. Aus diesem großen französischen Interesse für die Aufstellung einer neuen Verhandlungsbasis zwischen Deutschland und den Alliierten erkennt man deutlich, daß die Ententestaaten mit Frankreich an der Spitze das Ruhrabenteuer in möglichst kurzer Zeit beenden wollen und daß Frankreich je eher, desto lieber den unproduktiven Schwereindustriellen in der Reparationspolitik zu überwinden entschlossen ist. Wir stehen damit in der europäischen Politik an einem Wendepunkte und vor dem Tore neuer Verhandlungen über das politische und wirtschaftliche Verhältnis Deutschlands zu den Alliierten und im Besonderen zu seinem französischen Nachbar. Frankreich gibt mit diesen Tatsachen zu, daß der Versailler Vertrag zerrissen ist und zwar durch die französische Invasionspolitik, die im Versailler Vertrag keinen Rechtsstitel findet. Unsere Regierung darf nicht unterlassen, auf den durch französische Schuld herbeigeführten Rechtsbruch und dem vertragslosen Berrüttungszustand im Völkerleben von heute die ganze Welt von neuem hinzuweisen. Poincaré und sein Kabinett fühlen deshalb, daß an Stelle des alten in seinen gerissenen Versailler Instrumentes zur Verfassung Deutschlands ein neuer Vertrag treten muß. Tatsächlich ging in sehr bemerkenswerter Weise die Anregung zur Aufnahme von Verhandlungen von französischer Seite aus; es dabei Loucheur, der als Nachfolger Poincarés in den Wandelhallen der französischen Kammer genannt wird, oder ein anderer hervorragender Franzose in politische Aktion tritt, macht keinen Unterschied. Aber wenn auch Poincaré von der Londoner Reise Loucheurs unterrichtet war, so gehen die Ansichten beider Politiker über die Zukunft der europäischen Politik doch auseinander. Poincaré ist reiner Politiker mit der ganzen traditionellen Feindschaft gegen das deutsche Volk, Loucheur dagegen steht im Leben der Wirtschaft als beweglicher Organisator, dem die französische Ruhrpolitik nur paßt, wenn sie große Wirtschaftsvorteile für die Schwerindustrie Frankreichs im Gefolge hat. Gerade aus diesem Grunde konnte der Wirtschaftler Loucheur den unfruchtbarsten Zustand im Ruhrgebiet nicht ertragen, und die niederschmetternde französische Ruhrunterbilanz trieb ihn mächtig zur Anknüpfung französisch-englischer Besprechungen und Verhandlungen über das schwierige Problem. Die Politik der Entente hat sich seit dem Ende des Weltkrieges in fast allen Fragen als sehr retardierend und starr erwiesen, indes die wirtschaftlichen Faktoren in den alliierten Ländern stets zur Mäßigung und Duldung gegenüber dem deutschen Volke riefen und die Probleme, die doch in erster Linie wirtschaftlichen Charakter tragen, in rascher Entschlossenheit lösen wollten.

Diesen Kampf sehen wir erneut in den Anschauungsgegenständen zwischen Poincaré und Loucheur. Wir müssen uns natürlich auch daran gewöhnen, daß die Wirtschaftsvertreter unserer ehemaligen Gegner durchaus nicht Deutschlands Wohl und Glück im Auge haben, wenn sie zur schnelleren Entscheidung in der Reparationsfrage drängen; auch die französisch-englische Schwerindustrie will Deutschlands Ausbeutung und Anebelung, ohne aber auf unseren völligen Untergang zu spekulieren. Von unserer Vernichtung würde die gesamte Weltwirtschaft schwersten Schaden haben: die deutschen Absatzmärkte fielen für sie fort und die deutschen Firmen blieben als Abnehmer ihrer Rohstoffe aus. Loucheur hat sich bei dem ganzen Problem die wirtschaftliche Vormachtstellung Frankreichs als Ziel gesetzt: Die Kombination von Ruhrkohle und französisch-lothringischem Erz würde unglaubliche Perspektiven für die französische Schwerindustrie eröffnen. Frankreich verfügt heute schon mit der von ihm kontrollierten Erzeugung der westlichen und östlichen Grenzstaaten Deutschlands über rund die Hälfte der gesamten europäischen Erzeugung und über das Sechstel der deutschen Eisenerzeugung. Für die französische Eisenindustrie ist es ein unerträgliches Verhängnis, daß sie von der deutschen Ruhrkohle abhängig ist, und um diesem Abhängen abzuhelfen, nicht um sich bezahlt zu machen, erfolgte der Einmarsch ins Herz der deutschen Kohlengruben und Industrie. Die Herrschaft über die deutsche Kohle macht das

agrarische Frankreich auch wirtschaftlich zum Gebieter Europas und beinahe zum unabhängigen Staate der Welt. In diesem Punkte finden sich Loucheur und Poincaré, die Exponenten sonst verschiedener Strömungen und Richtungen, wie Brüder zusammen: Der Wirtschaftler kommt auf seine Rechnung, wenn er seine Hand an der wirtschaftlichen Schlagader Deutschlands hat, und der Politiker weiß, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit Frankreichs zur politischen Hegemonie über Europa berechtigt. Was wir auch über die französische Ruhr-Okkupation denken mögen, eines ist gewiß: Frankreich wird das Gebiet des deutschen Reichs und der deutschen Kohle in absehbarer Zeit nicht mehr freigeben, wie sehr die deutsche Regierung beteuert, daß die neuen Verhandlungen über die Reparationsfrage die Räumung des Ruhrreviers bringen müssen. Dieser Passus wird, darüber darf es keine Täuschung für uns geben, nicht im neuen Friedensvertrag zwischen uns und den Alliierten stehen. Die offiziellen Verhandlungen der französischen Regierung weisen in kluger Art den Vorwurf der Annektionsabsichten hinsichtlich der Rheinlande und des Ruhrgebietes energisch zurück. Die Verzerrung und Verdeckung der wahren Ziele haben aber immer zum Inventar der Diplomatie gehört: so werden alle Annektionen und Eroberungen bemerkslihaft.

Als unverrückbar stellen alle maßgebenden französischen Politiker fest, daß an eine Räumung der Ruhr nie zu denken sei, bevor das deutsche Volk den letzten Heller seiner Kriegsschuldigung bezahlt hat. Diese Äußerungen aus berufenerm französischem Munde sind weder als Phrase noch als Einschüchterungsversuch zu betrachten: sie enthalten die knappe nüchternste Wahrheit und den vollen Ernst der öffentlichen Meinung des französischen Volkes. Wann wird Deutschland die Kriegsschuld beglichen haben? Die Beantwortung dieser Frage wird auch die Frage nach der Dauer der Ruhrbesetzung beantworten. Aber Anlaß zum Glauben, als würde Frankreich gemäß deutscher Forderung das Ruhrgebiet in naher Zeit etwa auf Grund eines neuen Vertrages aufgeben, ist nie und nimmer vorhanden. Hier liegt für die zweifellos bald einsetzenden Verhandlungen der schwierigste Punkt, über den sich eine Einigung nicht wird erzielen lassen. Wer die französische Psychologie kennt, wird kein Räthseln von Paris in dieser Frage erwarten.

Die französische Regierung versucht, für die neuen Abmachungen die Zustimmung Englands zu erhalten, um so ein Teil der weltpolitischen Verantwortung auf fremde Schultern zu legen. Aber die Rolle Englands läßt sich für die kommenden Verhandlungen nichts voraussagen. Wenn es einmal zur Konferenz kommt, haben sich alle unsere Gegner schon miteinander geeinigt, und uns bleibt nur die Unterschrift oder die Ablehnung derselben. Die Befürchtung steigt näher als wir denken, daß sich die Alliierten wie bisher auf Deutschlands Kosten auch dieses Mal die Hände reichen.

Die neue Orientkonferenz bietet die beste Möglichkeit zum englisch-französischen Schachergeschäft: Was Frankreich im Orient preisgibt zugunsten Englands, das holt es mit Zins und Zinseszins wieder ein in Europa bei den künftigen Verhandlungen über die Reparation unter der stillen Anerkennung seitens der Londoner Regierung. Das deutsche Volk muß auf der Hut sein und die Einzelzüge der Gegner mit aller Schärfe verfolgen: der Verdacht liegt sehr nahe, daß die Engländer der sogenannten „Entmilitarisierung“, „Neutralisierung“ oder „Internationalisierung“ der Rheinlande zur „Sicherheit“ Frankreichs zustimmen, wenn ihnen das „Verbleiben“ des neutralisierten Gebietes im Rheinlande des Deutschen Reiches versprochen wird. Ein Mann wie Poincaré hat seine Hintergedanken, ja er hat nur solche, und braucht diese seinen alliierten Freunden gar nicht aufzudecken. Wenn noch die sogenannte Kontrolle des Völkerbundes in die Waagschale geworfen wird, dann bekommt das Ganze einen wirklich „objektiv-sachlichen“ Eindruck vor der unter französisch-englischem Einfluß stehenden Welt. Eher wird Frankreich über die Verabsagung der Reparationssumme mit sich reden lassen als über die Behandlung der Rheinlande und über die Räumung des Ruhrgebietes. Das Geld allein hat noch nie die Politik bestimmt, und heute ist die Stimmung der Führer Frankreichs so, daß sie sich nicht um ein paar Goldmilliarden die territoriale Expansion und die Hegemonie über Europa abhandeln lassen. Wenn Frankreich Geld wollte, hätte es das Ruhrgebiet und die Rheinbrücken nicht besetzt, wenn es nur den wirtschaftlichen Schaden des Krieges wieder von Deutschland zurückerstatte wissen wollte, dann würde es mit uns verhandeln auf einer Basis, die beide Völker befriedigen würde. Die zu französischen Journalisten am 26. Juli 1922 gesprochenen Worte Poincarés enthalten die wahren Ziele der französischen Politik gegenüber Deutschland. Jeder Deutsche mußte sich diese Äußerungen tief einprägen:

„Ich lehne es ab, unsere Diplomatie von unseren Finanzen abhängig zu machen; ich weiß, daß eine pekuniäre Wunde nicht tödlich ist. Wir gehen ganz einfach, und ich fühle mich dabei sehr wohl, der dauernden Befegung des linken Rheinufers entgegen. Mir für meinen Teil würde es wehe tun, wenn Deutschland zahlte. Sollten Sie es für besser, das Geld einzulassieren oder neues Gebiet zu erwerben? Ich ziehe die Befegung und Eroberung dem Geldeinstreichen und den Reparationen vor.“ Gegen solche Politik kann es unsererseits nur Ablehnung und moralischen Kampf geben. Erleben wir heute nicht die Verwirklichung jener fürchterlichen Worte Poincarés? Frankreichs Politik erträumt ein zweites verschärftes Versailles. Ob die Zahl der zu vereinbarenden Milliarden 50 oder 60 beträgt, das entscheidet nicht über das deutsche Volk's Zukunft; denn pekuniäre Wunden sind nicht tödlich. Aber der Verlust neuer Gebiete, die Loslösung deutscher Menschen vom Mutterboden bringen die allmähliche Zerreißung des deutschen Vaterlandes, die Auflösung unseres Volkes und seiner Kultur, den Tod unserer staatlichen Gemeinschaft. Wo fände sich je eine deutsche Regierung, wenn es keine bolschewistische oder nationalsozialistische ist, die einen neuen Genfervertrag mit den Bestimmungen der Abtrennung der Rheinlande oder anderer Teile vom Bestande des deutschen Reiches, in welcher Form die Loslösung auch sei, annehmen und unterschreiben würde! Unsere vaterländische Debatte muß lauten: Kein Zoll deutscher Boden mehr dem Erbfeinde! Wir fassen die gegenwärtige Situation erst richtig auf, wenn wir erkennen, daß Frankreich eine für uns vernichtende Erweiterung des Versailler Schmachfriedens mit den ehemaligen Alliierten zusammen plant. Ein neues Versailles mit neuem Landraub ist für Deutschland unerträglich und für immer unannehmbar. Wie betrüblich ist es heute, zu sehen, wie die deutsche Einheitsfront von ganz links- und rechtsradikaler Seite aus sabotiert wird: die so handeln, besorgen Feindgeschäfte und sind Verräter am eigenen Volke. Ob Loucheur, ob Poincaré, beide sind Franzosen und verdienen schwerstes Mißtrauen. Nur in unserer moralischen Kraft liegt heute noch Rettung, Zukunft und Heil.

### Erhöhung der Wohnabgabe und Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in Baden.

N.-S. Karlsruhe, 16. April.

Es muß weitergebaut werden, und der Staat braucht Geld! Das ist der Grundgedanke des Inhalts der beiden Gesetze, die am vorigen Freitag vom badischen Landtag verabschiedet worden sind. Die fortschreitende Geldentwertung bedingte eine Änderung des vor zwei Jahren geschaffenen Gesetzes über die Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb, und der notwendige Bau von neuen Wohnungen machte eine wesentliche Erhöhung der Wohnabgabe auch in Baden notwendig. Die parlamentarischen Kämpfe über die Gestaltung dieser beiden Gesetzentwürfe waren teilweise sehr heftig, denn es handelte sich insbesondere für das sogen. Grund- und Gewerbe-gesetz darum: Wer soll bezahlen: Industrie oder Landwirtschaft? Wenn 1921 der Steuerfuß für die verschiedenen Steuerwerte noch auf einfach bis zweieinhalbfach festgesetzt war, hat ihn jetzt der badische Landtag, um entgegenzutreten der Geldentwertung zu begegnen, wie folgt festgelegt:

- beim gewerblichen und land- oder forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen: ein fach,
- bei Gebäuden: zwei fach,
- bei einzeln geschätzten Grundstücken und beim Bergwerks-eigentum: vier fach,
- beim Wald, bei klassifizierten und diesen gleich zu behandelnden Grundstücken und bei einzeln geschätzten Hof-gütern: acht fach.

Man ist mit diesen Sätzen über die Regierungsvorlage hinausgegangen. Hierzu kommt die Verpflichtung der Regierung, sich an die Reichsbewertungsrichtlinien bei der Veranlagung anzulehnen. Trotzdem darf man sagen, der rasenden Geldentwertung ist damit noch immer nicht Rechnung getragen, zudem z. B. der Wert des Wats bes in den letzten Jahren durch die teureren, wenn auch jetzt etwas stagnierenden Holzpreise ungeheuer gestiegen ist. In enger Verbindung steht damit die Erhöhung der sogen. Freigrenze von 50 000 M. auf 200 000 M., wonach derjenige steuerfrei bleibt, dessen gewerbliches oder landwirtschaftliches Betriebsvermögen den Wert von 200 000 M. nicht übersteigt. Beträgt es 500 000 M., so kann es ermäßigt werden um 50 Prozent, bei 1 Million um 40, bei 2 Millionen um 30, bei 3 Millionen um 20 und bei 4 Millionen um 10 Prozent. Andererseits erhöhen sich die zu zahlenden Beträge — nach dem Grundgedanken der Progression — um 5 Proz., wenn der Steuerwert 8—10 Millionen beträgt, um 10, bei 10—20 Millionen, um 15 bei 20—30 Millionen, um 20 bei 30—40 Millionen, um 25 bei 40—50 Millionen, um 30 bei 50—60 Millionen, um 35 bei 60—80 Millionen und um 40 Prozent bei über 80 Millionen.

Dafür ließ man den § 3 des Abf. 13 des Härteparagrafen fallen, den die Regierungsvorlage enthielt; es

Mit einer Beilage: 25. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

laute: „Weiß ein Steuerpflichtiger nach, daß die vom Betriebsvermögen zu zahlende Steuer 50 vom Hundert des Ertrags der Unternehmung übersteigt, so ist der Betrag, der 50 vom Hundert des Ertrags und gleichzeitig ein Fünftel der Steuer übersteigt, zu erlassen oder zu erstatten.“ Mit diesem Satz ist manigfaltig Mißbrauch getrieben worden und viele Millionen und sogar Milliarden sind dadurch dem Staat und auch den Gemeinden verloren gegangen, weil durch seine Unrichtigkeit die Steuerpflichtigen hindurchgeschlüpft sind. — Ungerecht Veranlagten stehen noch die Wäse 1 und 2 des § 13 zur Verfügung.

Den Klagen der Lohn- und Gehaltsempfänger, daß sie sich die fälligen Steuern sofort abgeben lassen müßten, während die frei veranlagten Steuerpflichtigen, wie Kaufleute, Industrielle, Landwirte usw. später und somit mit meist entwertetem Gelde bezahlen könnten, ist man durch Schaffung einiger Paragraphen begegnet, die den Steuerzahler näher an den Veranlagungstermin heranrücken. Es heißt dabei: „Zur Angleichung an die Geldentwertung kann das Finanzministerium bis zur Feststellung des neuen Steuerfußes Zuschläge zu den Steuerzahlerauszahlungen festsetzen.“ Bei Steuerrückständen werden Zinsen zu 5 und mehr Prozent erhoben. Von Beachtung ist auch folgende Bestimmung: „Hat ein Steuerpflichtiger nach dem 31. August 1922 Wertpapiere erworben und Schulden aufgenommen, so sind die Wertpapiere bis zum Betrag der Schulden, mindestens mit dem Anschaffungspreis bei der Veranlagung des gewerblichen Betriebsvermögens anzusetzen.“

Der zweite Artikel des Gesetzes erweitert das Besteuerungsrecht der Gemeinden. Diese sind berechtigt, vom Grundvermögen und Gewerbebetriebe Steuern zu erheben. Der Steuerfuß für die verschiedenen Steuerwerke richtet sich nach § 9 Abs. 2, der die Steuerfüße für die Staatssteuer festsetzt. Die Gemeinden werden befähigt, nach dem Mangel an finanziellen Mitteln, deshalb gab man ihnen das Recht zur Erhebung besonderer örtlicher Abgaben, das sogenannte Steuererfindungsrecht. Es bedürfen die einzelnen Steuern aber der Genehmigung des Finanz- und Innenministeriums. — Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1923 in Wirksamkeit. Im Plenum des Landtages wurde es nach lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und der Arbeiterschaft und nach Stellung einer Anzahl Ergänzungsanträge mit allen gegen 13 Stimmen der Deutschen, Deutschen Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Das Wohnabgabengesetz baute sich auf den Bestimmungen des Wohnabgabengesetzes des Reiches auf und sah ab 1. Januar 1923 eine Abgabe von 3 1/2 vom Hundert des Steuerwertes vor. Der gleiche Satz war den Gemeinden als Pflichtzuschlag anheimgegeben. Seit 1921 betrug sie 0,5, 2,5 und bis 1. Oktober 1922 7,5 vom Hundert des Steuerwertes. Baden ist durch seine geographische Lage und durch den Zugang vieler Flüchtlinge nach Kriegsende besonders stark von der Wohnungsnot bedroht. Zurzeit gibt es bei uns rund 30000 Wohnungssuchende Familien; diese Zahl ist in dem nur 220000 Einwohner zählenden Lande groß. In Notwohnungen mußten allein 20000 Familien untergebracht werden. Im Frieden bedurfte man jährlich 5000 Wohnungen mehr; im Jahre 1921 sind mit staatlichen Baugeldern und durch Mittel privater Bauunternehmer immerhin 6351, im nächsten Jahre 7695 Wohnungen gebaut worden, dagegen im Jahre 1914 nur 5114 Wohnungen. Das läßt gute Aussichten auch für die nächsten Baujahre trotz der ungeheuer gestiegenen Baukosten zu. Diese waren im Januar 1922 um das Doppelte, im September um das Dreifache, im Februar 1923 um das Fünffache gestiegen. Eine Wohnung mit 3-4 Zimmern und Küche von etwa 70 Quadratmeter, die im Frieden vielleicht 5500 M. kostete, würde danach für Ende Februar d. J. auf rund 30 Millionen Mark zu stehen kommen. Wird aber nicht gebaut, sind in Baden etwa 10000 Erwerbslose durch den Staat zu verhalten von den 27000 Arbeitern, die im badischen Baugewerbe beschäftigt sind. Die Wohnungsabgabe ist hoch, sie verhält sich aber erst ein Drittel zum Fünftel der Summe, die man 1914 als Wohnungsmiete — natürlich der Geldentwertung entsprechend — ausgeben hat.

Der Landtag wollte nun der Rückwirkung bei der Bezahlung der Wohnabgabe begegnen und deshalb wurde ein Antrag der Koalitionsparteien angenommen, daß entrichtet werden sollen vom 1. Januar bis 31. März d. J. 10 Prozent des Steuerwertes, vom 1. April bis 30. Juni 20 Prozent u. vom 1. Juli 1923 bis 31. März 1924 30 Prozent, also nur 270 Prozent des Steuerwertes gegenüber 315 Prozent der Regierungsvorlage. Der Antrag der neuen Wohnabgabe ist dadurch allerdings etwas herabgesetzt, aber die Zahlungslosigkeit — und das ist nicht unwichtig — hat erleichtert. Ferner sollen außer den in der Regierungsvorlage schon vorgesehenen Ausnahmen für Sozialrentner, Kriegsschadigte, Kriegshinterbliebene usw. von der Wohnungsabgabe noch befreit werden solche Personen, die nicht das Einkommen einer fünfköpfigen Familie in Höhe der Erwerbslosen-

unterstützung in Orten der Preisklasse A haben, weiter städtische gewerbliche Betriebe, bereits in Baracken-weise behandelte, die bei der Umstellung von Baracken-weise in Wohnhäusern Mittel zur Erstellung von Gemeindefestlichkeiten, welche eine Heranziehung der Räume, die nicht in Baracken dienen, zu höheren Zuschlägen als 50 Prozent der Wohnungsabgaben der Gemeinden, in der Regel

die Genehmigung verweigert werden. Außerdem ist auf Antrag die Wohnungsabgabe für Garrentarife, Hauswiesen, Hauptläge und Lagerplätze außer Betracht zu lassen. Mit diesen Ausnahmen und Ergänzungen erfolgte Annahme der Vorlage mit allen Stimmen gegen die sieben Mitglieder des Landtages und die vier Kommunisten. — Der badische Landtag hat mit diesen zwei großen Gesetzen innerhalb weniger Wochen rasche und für das Land Baden erspriechliche Arbeit geleistet.

## Deutscher Reichstag.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums.

### Abg. Dr. Herz (Soz.)

Weißt auf die großen Schwierigkeiten unserer Wirtschaft hin, die durch die Ruhrbesetzung sehr verstärkt worden seien, aber schon vorher bestanden hätten. Für die Reichsregierung liege darin eine schwere Aufgabe; denn sie habe mit einem Eingreifen gewartet, bis im Januar der Dollar auf 50.000 emporgeschwungen war. Die Markstabilisierung wäre leichter gewesen bei einem Dollarstande von 3000 anstatt bei 50.000. Das Interesse einzelner Kapitalisten habe in diesem Falle über das Gesamtinteresse gestimmt. Kurz nach der Ruhrbesetzung habe Reichswirtschaftsminister Dr. Becker in einer Rede gesagt, gegen die Allmacht der Devisenspekulanten, Kartelle und Trusts sei nichts zu machen; er habe weiter den Widerstand der Unternehmer gegen die durchaus notwendige Lohnreduzierung geäußert. In seinem Vortrag vom 6. März habe er geradezu vor Lohnreduzierungen gewarnt. Er habe dabei auf eigene Faust, ohne Rücksichtnahme mit dem Reichsarbeitsminister gehandelt und tatsächlich habe dann das Reich die Beamtengehälter um rund 20 Prozent erhöhen müssen. Der Mißerfolg der Dollarkaufanleihe hat deutlich bewiesen, daß die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft eben so wenig wie die früheren die heutige Regierung unterstützen. Da zeigt sich der mangelnde Patriotismus der deutschen Kapitalisten.

Das recht eigenartige Verhalten der Reichsbank, die während der Aufnahme der Dollarkaufanleihe den Devisenmarkt großen Kredit gewährt, und Devisen besitz, hat dazu geführt, daß die Reichsbank ihre Markenschatz verloren hat, weil der Ernst der Lage von ihr und der Regierung nicht genügend erkannt wird. Die Markstabilisierung muß fortgesetzt werden. Von einer Stabilisierung des Dollars zum Satz von 30.000 M. kann keine Rede sein. Wir fordern deshalb Anmeldepflicht für Devisenbesitzer, Beschränkung der Kredite, Erhöhung des Reichsbankdiskontes und der Ausfuhrabgabe sowie Rückgängigmachung der Kohlensteuererhöhung.

### Abg. Esser (Zentr.)

Wir müssen auch in unserer Wirtschaftspolitik alles auf das Ziel einstellen, den Kampf an Ruhr und Rhein zu einem Ende zu führen. Große Massen erwerbsloser Arbeiter bilden eine Gefahr für den Erfolg des Kampfes. Darum sollte in ganz Deutschland für die Aufrechterhaltung der Betriebe im Einwirkungsgebiet gesorgt werden, vor allem durch Zuzug öffentlicher Aufträge. Es ist ein Fehler, daß die Geschäftsverbindung mit englischen Firmen heute das Monopol von nur zehn Geschäften ist. Die Verbindung der Regierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes müßte enger gestaltet werden. Wir erwarten, daß die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer fortgeführt wird, daß das Ministerium allen Gruppen der Wirtschaft das gleiche Interesse entgegenbringt und daß Erlasse, wie der zur Lohnfrage, einheitlich von allen Ressorts ausgehen. Wir hoffen auch auf die baldige Einbringung des Handwerksorganisationsgesetzes. Der Preisabbau muß bei der Produktion beginnen, vor allem die Preispolitik der Kartelle ist zu kontrollieren. Der Marktzug hat uns sehr überrascht. Wir erwarten, daß die Regierung eingreift, ehe wir eine neue Preissteigerung erleben. Unser Anmeldepflicht an der Ruhr wird durch die Dollarkaufanleihe erschwert. Schon der Mißerfolg der Dollarkaufanleihe hat dort bedenklich gewirkt. Wir wollen nicht erleben, daß von der Dollarkaufanleihe dieselben Kreise profitieren, die bei der Dollarkaufanleihe dem Reich ihre Devisen vorenthalten haben (Beifall im Zentrum).

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker erklärt, in einem Augenblick, wo die Ereignisse an Ruhr und Rhein praktische Politik erfordern, habe er weder die Pflicht noch das Bedürfnis, programmatische Erklärungen zur Wirtschaftspolitik abzugeben. Er habe keine Politik nicht für eine bestimmte Klasse, sondern für die ganze Wirtschaft zu führen. Die Angriffe des Abg. Dr. Herz hätten sich eigentlich nicht gegen ihn, sondern gegen den Finanzminister oder die Reichsbank richten müssen; aber auch bei Angriffen sollte man mehr Rücksicht darauf nehmen, ob sie nicht dem Gegner Material gegen unseren Kampf an der Ruhr bieten. Bei der Kreditbewährung werde alle mögliche Voricht beobachtet, aber ohne Kredite könne unsere Wirtschaft an der Ruhr nicht arbeiten, müßten doch dort allein rund 500 000 Bergarbeiter entlohnt wer-

den. Mit Einschluß der übrigen Arbeiter würden dort täglich allein zur Lohnzahlung sieben Milliarden gebraucht.

Die Wirtschaft dürfe nicht leiden und beschäftigungslos bleiben. Einzelne Mißgriffe lassen sich dabei nicht vermeiden. Sollte aber bedeuten werden, daß solche Reichsmittel zur Devisenspekulation verwendet werden, würde mit allerhöchster Maßnahmen dagegen vorgegangen werden. Von großen wirtschaftlichen Kreisen selbst ist gewünscht worden, den Reichskredit auf eine wertbeständige Basis zu stellen. Man hat versucht, den Kreisen mit Devisenbesitz Kredite vorzuenthalten. Verheimlichter Devisenbesitz kann aber auch von der Reichsbank nicht entdeckt werden. Sie ist in der Kreditbewährung durchaus zurückhaltend gewesen. Wenn ihr Kredit der Industrie die Erhaltung ihrer Substanz ermöglicht hat, so brauchen wir das doch nicht zu beklagen. Der Vorwurf des Abg. Dr. Herz, die Regierung hätte mit ihrer Devisenpolitik früher anfangen müssen, bringt mich in die eigenartige Lage, das Kabinett für die Devisenpolitik in welchem die Sozialdemokratie den Reichswirtschaftsminister stellte. Er habe die von den Sozialdemokraten verlangte Devisenpolitik seinerzeit bekämpft, aber die Sozialdemokratie sollte sich freuen, über jeden Sünden, der Ruhe ist. Für die Devisenpolitik sei in erster Reihe der Reichsfinanzminister verantwortlich. Kein Wort der Verteilung sei schief genug für die Vertreter der Nation, die den getriggen Einbruch in unsere Devisenpolitik verschuldet haben. Die Regierung werde vor den schärfsten Maßnahmen gegen diese verbrecherischen Spekulationen nicht zurückweichen. Wir wollen in der Öffentlichkeit keinen Zweifel darüber lassen, daß die Stützungspolitik der Mark wie bisher weiter durchgeführt werden muß. Die Regierung will die Stützungspolitik erweitern durch positive Maßnahmen, um unsere passive Handelsbilanz etwas aktiver zu gestalten. So muß die Einfuhr auf einzelnen Gebieten beschränkt werden, besonders für die eigenen Bedürfnisse des Reiches. Ferner wird eine Anmeldepflicht für den Devisenbesitz demnächst eingeführt werden. Außerdem werde die Regierung auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückweichen, um die Mark auf einem Niveau zu erhalten, das ein weiteres Hinsinkeschwollen der Lebenshaltungskosten verhindert. An dem vorhin kritisierten Erlaß zur Lohnfrage habe er nirgends von Lohnabbau gesprochen, vielmehr seien gleichfalls hinter der Regierung und unterliegen nicht die getrigge Devisen an der Berliner Börse. Die Ausnutzung der jetzigen Not über die Störungen der Markstabilisierungspolitik betrachten wir als Landesverrat schlimmster Art. Wir freuen uns, daß der Reichswirtschaftsminister offene und mannhafte Worte gesprochen hat, um die Wirtschaft des besetzten Gebietes über die wirkliche Lage im Ruhrgebiet zu unterrichten. Wir hoffen, daß er zu seinen Worten steht und darauf dringen wird, daß der Kampf nicht beendet wird, ehe die Angriffe gegen den Friedensvertrag voll und ganz zurückgenommen sind. Die Markstabilisierung ist aber so unvorbreitet erfolgt, daß die Wirtschaft vielfach darunter gelitten hat. Wir freuen uns der Aktion selbst, aber ihre Nebenwirkungen, wie z. B. die Kreditstrenge, haben unbillige Härten entfallen. Auch können Produzenten und Kleinhandlender den Preisabbau nicht nach Wunsch vornehmen, weil in der gleichen Zeit die Städte, Eisenbahn und Post, Kreissteuern und Tarife wesentlich erhöhten. Daher fordert Verbilligung des Hausbrandes und Förderung des Exportes durch eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe. Er warnt vor einer weiteren Belastung des Besetzten und fordert eine schnelle Einbringung des Schutzgesetzes für das Handelsvermögen. Überhaupt sollten alle Handelsverträge im Reichswirtschaftsministerium zentralisiert werden. Seine Partei sehe im Reichswirtschaftsminister die starke Persönlichkeit, die die Führung der deutschen Wirtschaft auf lange Zeit anvertraut werden könne. (Beifall rechts.)

### Abg. Dienel (D. Natl.)

Wir müssen jetzt alle Angriffskräfte gegen den Feind an v. Ruhe richten. Darin unterstützen wir die Regierung mit allen Mitteln. Gewerbe und Industrie stehen gleichfalls hinter der Regierung und unterstützen nicht die getrigge Devisen an der Berliner Börse. Die Ausnutzung der jetzigen Not über die Störungen der Markstabilisierungspolitik betrachten wir als Landesverrat schlimmster Art. Wir freuen uns, daß der Reichswirtschaftsminister offene und mannhafte Worte gesprochen hat, um die Wirtschaft des besetzten Gebietes über die wirkliche Lage im Ruhrgebiet zu unterrichten. Wir hoffen, daß er zu seinen Worten steht und darauf dringen wird, daß der Kampf nicht beendet wird, ehe die Angriffe gegen den Friedensvertrag voll und ganz zurückgenommen sind. Die Markstabilisierung ist aber so unvorbreitet erfolgt, daß die Wirtschaft vielfach darunter gelitten hat. Wir freuen uns der Aktion selbst, aber ihre Nebenwirkungen, wie z. B. die Kreditstrenge, haben unbillige Härten entfallen. Auch können Produzenten und Kleinhandlender den Preisabbau nicht nach Wunsch vornehmen, weil in der gleichen Zeit die Städte, Eisenbahn und Post, Kreissteuern und Tarife wesentlich erhöhten. Daher fordert Verbilligung des Hausbrandes und Förderung des Exportes durch eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe. Er warnt vor einer weiteren Belastung des Besetzten und fordert eine schnelle Einbringung des Schutzgesetzes für das Handelsvermögen. Überhaupt sollten alle Handelsverträge im Reichswirtschaftsministerium zentralisiert werden. Seine Partei sehe im Reichswirtschaftsminister die starke Persönlichkeit, die die Führung der deutschen Wirtschaft auf lange Zeit anvertraut werden könne. (Beifall rechts.)

Heute nachmittag 2 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Die Romantikerfamilie Schmitt, ein Jahrhundert Heidelberger Kunst.

Das Kurpfälzische Museum der Stadt Heidelberg hat soeben seine 10. Sonderausstellung eröffnet, die dem Gedächtnis der einheimischen Künstlerfamilie der Schmitt gewidmet ist und bis 15. Oktober dauern soll. Damit zieht ein ganzes Jahrhundert Heidelberger Kunst an uns vorüber, denn als der letzte Vertreter Guido Schmitt fast 90jährig im vorigen Herbst starb, waren gerade 100 Jahre vergangen, seit sein Vater in Heidelberg zu malen begonnen hatte, in einer Zeit, als dort die Wogen der Romantik hoch aufschlugen. So stellt sich diese Veranstaltung wieder als ein Teil des Programms des Museums heraus, das die einheimische Malerschule dieses für Heidelberg und die deutsche Kunst wichtigen Zeitabschnittes in ihren einzelnen Erscheinungen klären will, nachdem einmal die Romantiker ausstellung von 1919, die sogleich nach Kriegsende einsetzte, den Schmitt durch die ganze Zeit gemacht hat und die zahlreichen Fäden, die von hier zu anderen Kunstzentren geführt haben, bloßzulegen bestrebt war.

In diesem Programm bildet die jetzige Veranstaltung einen wichtigen Abschnitt. Sie zeigt uns das Werden der stillen und leichten Kunst des älteren Georg Philipp Schmitt in ländlicher Entwicklung, führt uns seine Landschaftskunst in all ihrer wahren und innigen Reinheit und der sanften, abendlichen Natur in tiefer Einfühlung abgelesenen Farbgebung vor Augen, läßt ihn als den Schöpfer eines romantischen Stilllebens erkennen und klärt dann in seine Porträtkunst und die religiösen Werke aus, die er, oft in Anlehnung an altdeutsche und mehr noch altniederländische Gemälde, in der wahren feierlich-erzweisenden Wirkung und Befehlung nazarenischer Kunst geschaffen hat.

In eine Begabung, an die zum Stillleben, schließt sich sein jüngerer Bruder und Schüler Franz Schmitt besonders

an, der sonst wie er sinnige, von echter Romantik durchdrungene Werke schuf, wie es vor allem sein prächtiges Selbstporträt mit dem selbstam forschenden Blick beweist; das er von einer in märchenhaft-poetischer Stimmung aufgefahnen Waldlandschaft sich abheben läßt.

Der ältere Sohn von Georg Philipp Schmitt, der letzte Romantiker von Heidelberg, Guido Schmitt, kommt dann in überaus scharfer Weise zum erstenmal in größerer Nähe in seinen Frühwerken und den aus der Zeit des Höhepunktes seiner Kunst in England geschaffenen bedeutsamen Werken zur Vorführung, soweit das in der heutigen Zeit überhaupt möglich ist. Es stellt sich heraus, daß er in seinen früheren Aquarellen die er ganz in der farbenseinen Art des Vaters schuf, selbst ihn an Innigkeit und zarter, rein malerischer Auffassung übertrifft hat, und sich dann in landschaftlichen in England seinen eigenen Stil schuf, wie er auch damals ganz und gar nicht nur in der fälschlichen, dort im Lande gewollten Art, seine Porträts arbeitete, sondern gerade sehr in sich abgeschlossene Werke hier hinterlassen hat, die eine gewisse Würde und Größe nie verleugnen. So wird gerade er nach manchen Seiten hin Übertragungen darbieten, den man sich gewöhnt hatte, nur mehr nach der Kunst zu beurteilen, die er uns im höchsten Alter gab.

Das ihm England gemeinen, war dem jüngeren Bruder Nathanael Schmitt Rom, wo dieser Maler sich seine, wesentlich von der stillen und innigen Kunst seiner Verwandten abweichende Art geschaffen hat, mit der er namentlich in seinen Porträts eine gewisse Monumentalität erreichte. Einmal hat er auch das berühmte Modell Feuerbachs, die Anna, gemalt.

So sind es der Anregungen viele, die beim Durchwandern dieser neuen Ausstellung rege werden, die uns in wohl einzigartiger Weise das Entwideln der Kunst in einer Malerfamilie einer deutschen Stadt 100 Jahre hindurch vor Augen zu führen vermag und so ihren besonderen Reiz ausüben wird.

\* Deutsche Kunstgüter unter dem französischen Hammer. Nach einer Veröffentlichung in der Pariser Tageszeitung „L'oeuvre“ hat die Versteigerung der deutschen Kunstgüter von der Lhoner Städtebau-Ausstellung aus dem Jahre 1914, unter denen sich auch einige Gegenstände des Frankfurter Goethe-Museums befinden, begonnen. Alle Bemühungen, die maßgebenden Stellen umzustimmen, sind erfolglos geblieben. Die französische Regierung hat inzwischen auch nach Berlin mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage sei, die Versteigerung der Gegenstände länger aufzuhalten, daß sie aber die Goethe-Dokumente und das Modell des Schönen Brunnens in Nürnberg vorläufig zurückgestellt habe. Wie das Blatt bemerkt, scheint im übrigen der Erlös aus dem Verkauf einiger Kunstgegenstände erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein.

\* Für Goethes „Faust“ 13 Millionen. Bei Gericci in Berlin fand eine Versteigerung seltener Bücher statt, die aufs neue den Beweis erbrachte, daß das Interesse für alte Bücher ständig im Steigen begriffen ist. Die Preise, die hier erzielt wurden, waren größtenteils Rekordpreise. Sie wurden aber von dem Publikum ohne Aufregung und Stöhnen, wie etwas Selbstverständliches, aufgenommen. An der Spitze der Millionenzahlen marschierte naturgemäß Goethes „Faust“ nicht weniger als 13 Millionen; allerdings waren in dem schönen Ganzmarquinsband noch die Herausgaben vom „Tasso“ und der „Phigalie“ eingebunden. Die „Neuen Schriften“, die bei Linger 1792-1800 erschienen sind, erreichten die Summe von 7 302 000 M., trotzdem im 6. Bande die, allerdings seltene, Musikbeilage fehlte.

# Politische Freuigkeiten.

## Fortführung der Stützungsaktion.

Das sprunghafte Steigen des Dollars, das durch die außerordentlich starke Nachfrage des legitimen Bedarfs und der Spekulation hervorgerufen worden war, hat gestern vormittag die Reichsregierung veranlaßt, in eingehenden Verhandlungen die Lage zu prüfen und neue Beschlüsse zu fassen, die der Fortführung der Stützungsaktion dienen sollen. Vorausgegangen war eine Beratung mit dem Reichsbankdirektorium und führenden Persönlichkeiten der Berliner Finanzverwaltung. Aber das Ergebnis der Erörterungen des Kabinetts unterrichtet folgende amtliche Mitteilung:

Angeichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Markt mit allem Nachdruck weiter zu führen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der bisherigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich erlassen werden:

1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr, 2. die Einführung einer allgemeinen Amdespflicht für den Besitz von Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

Bei der Beschränkung der Einfuhr, die der Kabinettsbeschluss in Aussicht nimmt, dürfte in erster Reihe an eine Verringerung der Getreide- und Kohlenimporte gedacht sein, so daß also die Einschränkung des Devisenbedarfs durch eine Verlängerung der Kohlenperiode, namentlich auch der Verkehrsunternehmungen, und den Ausschub späterer Getreideimporte erlaubt würde. Man scheint dies deswegen für möglich zu halten, weil der Kohlenvorrat der Reichsbahn immerhin für einige Wochen reicht und die Getreideversorgung bis Mitte Juli sichergestellt sein dürfte; daneben soll die Reichsbahn versuchen, ihre Stützungsaktion durch markttechnische Maßnahmen fortzusetzen.

## Ein Franzose über Deutschlands Reparationsleistungen.

Professor Charles Gide schreibt in einem Artikel des „Progrès Civique“ unter der Überschrift: „Sagt nicht: Deutschland hat nichts bezahlt“ u. a. folgendes:

Gide knüpft an die Statistik über die Naturalleistungen Deutschlands im Jahre 1922 an, aus der hervorgeht, daß Frankreich annähernd 900 Millionen Goldmark in natura nur 200 Millionen und wenn man die Kohlenlieferungen abrechnet, sogar nur 28 Millionen erhalten hat, während andere Alliierte den ganzen ihnen zukommenden Betrag oder sogar mehr bezogen. Das erstaunte Publikum habe sich gefragt, ob man Frankreich, das solange über Deutschlands schlechten Zahlungswillen klagte, nicht vorwerfen könnte, es habe ebenfalls schlechten Willen gezeigt bezahlt zu werden. Dieser schlechte Wille ist in der Tat unbefreitbar. Man weiß, daß die nicht genügenden Kohlenlieferungen ein Hindernis zur Kohlenbefugung waren. Aber die „Ligue du Libre-Echange“, die präsidentiert wird von Yves Guisot, hat zu wiederholten Malen Dokumente publiziert, die beweisen, daß der Import deutscher Holzsystematisch gehindert worden ist.

Wie ist diese Haltung zu erklären? Gide findet die Erklärung darin, daß manche französischen Industriellen und Produzenten die Konkurrenz der deutschen Waren nicht wünschen und überdies in der falschen Meinung des Publikums und gewisser offizieller Kreise, daß Deutschland fähig wäre, in Devisen zu zahlen, und daß man darum nicht nötig habe, zu Naturalleistungen Zuflucht zu nehmen. Man hat den ökonomischen Grundsat noch nicht begriffen, daß ein Land, wenn nicht in Gold, nur in Waren zahlen kann. Trotzdem aber dürfe man nicht glauben, Deutschland habe nichts bezahlt. Nach den Schätzungen der Reparationskommission habe es bis zum 30. April 1922 ungefähr 7600 Millionen Goldmark bezahlt. Deutschland behauptet sogar, es seien 20 Milliarden. Nehme man die Mitte, 12 bis 14 Milliarden und rechne man hinzu, was Deutschland selber bezahlt hat, so komme man auf die Summe von ungefähr 40 bis 50 Milliarden Papiermarken. Allerdings habe der größte Teil, über 6 Milliarden Goldmark oder 20 Milliarden Papiermarken, das Okkupationslohn zu bezahlen. Überdies habe es für mehrere Milliarden Möbel, Tiere usw. an die zerstörten Gebiete geliefert. Man wird sagen, es sei das mindeste, daß man gestohlene Gegenstände ersehe. Gewiß, aber es ist andererseits auch das mindeste, daß man dem Dieb anrechne, was er erseht hat.

## Ein neuer Übergriff der Franzosen.

Die französische Besatzung im besetzten deutschen Gebiet versucht neuerdings Pakete aus dem Ausland zu beschlagnahmen, um diese Pakete, obwohl für sie auf Grund innerdeutscher Vorschriften der Zoll bereits durch Postanstalten im besetzten Gebiet eingezogen ist, nochmals Zoll von den Empfängern einzuziehen. Das Reichspostministerium hat gegen derartige unberechtigte Maßnahmen der französischen Besatzung Einspruch erhoben.

## 23.400 Ausgewiesene.

Die Rheinland-Kommission hat in den letzten Tagen wiederum über 1400 Eisenbahner ausgewiesen. Die Gesamtzahl der ausgewiesenen Personen einschließlich der ausgewiesenen Familien stellt sich nach amtlichen Feststellungen auf etwa 20.400. Dazu kommen 3000 Vertriebene aus dem Ruhrgebiet. Von einzelnen wichtigen Verufen wurden bisher ausgewiesen: 33 Redakteure, sechszehn Verleger, fünf katholische und elf evangelische Geistliche, über dreißig Ärzte und insgesamt 150 Lehrpersonen, außerdem über dreihundert Personen im jugendlichen Alter von fünfzehn bis neunzehn Jahren. Die größte Zahl von Ausweisungen trifft die Eisenbahnverwaltung, dann folgt die Zoll- und die Postverwaltung.

## Der Transport von Koks.

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten Le Troquer hat bei einem Frühstück, laut einer Meldung des Essener Korrespondenten der „R. V. Vdzg.“, in Essen behauptet, daß in den letzten Tagen 8000 Tonnen Koks abgeföhren wurden, daß dieser Transport in den nächsten Tagen 10.000 Tonnen erreichen und in einem Monat auf den Stand von 12.000 Tonnen kommen würde, also derselben Leistung wie vor dem Einmarsch. Von sachverständiger Seite wird die Richtigkeit dieser Figuren bezweifelt und zwar sei es schon aus rein arbeitstechnischen Gründen nicht möglich, täglich 8000—10.000 Tonnen auszuladen und abzuführen.

Wenn wirklich 12.000 Tonnen täglich ausgeladen werden sollten, so wäre das 1200 Wagen und dazu müßte die Arbeiterschaft, die allein zum Ausladen notwendig ist, mindestens 5000 Personen betragen. Der Sachverständige behauptet, daß bei

dem minderwertigen Menschenmaterial es nicht möglich ist, daß 4 Arbeiter gemeinsam täglich mehr als einen Wagen beladen können und zwar würde das schon eine gute Leistung sein, da das Ausladen mit Schippe u. Kofsgabel geschehen müßte, weil keinerlei maschinelle Hilfsmittel in Betrieb sind und in Betrieb gesetzt werden können. Es würden also rund 5000 Arbeiter für die Verladung arbeitsfähig in Anspruch genommen werden. Nun sind aber nach genauen Feststellungen in der Hauptfache Trupps von 20—30 Arbeitern auf den Walden tätig und nur in ganz vereinzelten Fällen beträgt die Arbeiterschaft auf den Halben 100 Mann und mehr. Würde aber die Arbeiterschaft auf 5000 Mann verstärkt werden können, so müßte natürlich das Müllräufgeböt, das unmittelbar notwendig ist, ebenfalls ganz bedeutend verstärkt werden.

Es wird angenommen, daß es natürlich möglich ist, 7000 bis 8000 Tonnen auszuladen, aber man muß bedenken, daß zwischen Koks und Koks ein großer Unterschied besteht. Die Kofshalben, die jetzt entstanden sind, sind stark durchfeuchtet mit Schladen, Ruß und Asche und die Franzosen haben in dem Bestreben, möglichst viel verladen zu können, bisher so ziemlich alles aufgeschoben, ohne Unterschied der Qualität. Diese so gemischten Kofshalben werden für die französischen Hüttenwerke aber nur zum Teil brauchbar sein, denn man weiß genau, daß teilweise der Anteil des reinen Koks kaum mehr als den vierten Teil der Menge beträgt. Die französischen Hütten werden also den Koks erst durchzusieben haben und werden nach der langen und kostspieligen Sortierung nur eine ganz kleine Menge für die eigene Verhüttung zur Verfügung haben. Inzwischen gehen die Einstellungen der Kofsanlagen auf den einzelnen Werken immer weiter. Bisher sind rund 3000 Kofshalben stillgelegt worden, darunter eine große Anlage auf Mathias Sinnes, die das größte Gaswerk des ganzen Industriebezirkes versorgt, welches seinerseits als Lieferant für den größten Teil der im Westen und Norden angrenzenden Gegend dient.

Gegenüber den Absichten, den Koks den Rhein abwärts über See nach Frankreich zu bringen, wird erklärt, daß dem Umschlag und einem solchen Transport Schwierigkeiten entgegenstehen, die den Koks beizart verteuern, daß auch hier eine Rentabilität für die französischen Hütten mindestens in Frage gestellt ist.

## Ausschreitungen in Mülheim.

Die Stadt Mülheim wurde erneut der Schaulplatz wüster Ausschreitungen der radikalen Elemente, die sich augenscheinlich aus allen Nachbarstädten dort zusammengefunden haben. Die Ruheförder, die mit Säcken und zum Teil auch mit alten Gewehren bewaffnet sind, sperren die Straßen ab und halten Fahrzeuge und Fußgänger an. Die Kaufleute haben ihre Läden geschlossen und die Eingänge verbarrikadiert. Die Tumultanten haben einen Waffenladen geplündert, Munition ist ihnen aber nicht in die Hände gefallen, weil der Besitzer sie rechtzeitig vertrieben konnte. Verschiedene Ausgänge der Stadt, so auch die Straße nach Essen, wurde von den Ruheförder besetzt. Sie unterbinden dort den Verkehr. Die Anstifter der Unruhen geben die Bewegung den Anschein, als ob es sich um ein Vorgehen der Kofshalbarbeiter handle. Letztere stellen ganz übertriebene Forderungen; sie verlangen Beschränkung der Arbeitszeit auf vier Stunden, wofür sie aber den Lohn von acht Stunden fordern. Bei den getragenen Unruhen in Mülheim soll es zwei Tote und drei lebensgefährlich Verletzte gegeben haben. Als die Kriminalpolizisten von der Waffe Gebrauch machten, benutzten die Ruheförder die Kriminalbeamten wegen Waffengebrauchs bei den Franzosen. Letztere lehnten aber ein Einschreiten ab. Auch aus anderen Orten des Ruhrbezirks werden Ansammlungen von leichtsinnigen Elementen gemeldet, so namentlich aus Neffinghausen.

## Das zweite Kabinett Seipel.

Nachdem das österreichische Kabinett Seipel 10 Monate im Amt war, ist es vor kurzem zurückgetreten und hat einem neuen Kabinett Seipel auf der alten Grundlage Platz gemacht, in dem nur einige Personalveränderungen vorgenommen worden sind. Der Grund für diese Umbildung war rein formaler Natur: aus Ermahnungsgründen wurden mehrere Ministerien zusammengelegt und damit die Zahl der Minister verringert. Diese Maßnahme ist als Einleitung zu der notwendigen Verwaltungsreform zu betrachten, die Deutsch-Österreich in den Genfer Vereinbarungen aufgelegt worden ist. In der Öffentlichkeit ist bei dieser Gelegenheit auch der Gedanke einer Verdrößerung der Regierungsbasis erörtert worden. Allein es ist bekannt, daß der Kanzler Seipel mit der Sozialdemokratie, die sein Genfer Sanierungsprogramm bisher bekämpft und abgelehnt hat, keine Koalition eingehen will, und umgekehrt lehnt der linke Flügel der Sozialdemokratie den Eintritt in die Regierung ab, da in wenigen Monaten Neuwahlen stattfinden sollen.

## Das neue schwedische Ministerium.

Der konservative Führer Trygger hat jetzt, laut einer Stockholmer Meldung der „Fft. Bl.“, nachdem die liberale und die Bauernbündelpartei es abgelehnt hatten, sich an der Bildung eines bürgerlichen Koalitionsministeriums zu beteiligen, ein konservatives Kabinett gebildet. Der neuen Regierung gehören fünf Parlamentarier, sechs hohe Verwaltungsbeamte und ein Industrieller an. Das Kabinett ist also gewissermaßen eine Mischung von Partei- und Beamtenministerium. Die politische Richtung ist gemäßigter konservativ. Trygger ließ es sich besonders angelegen sein, nur ein Kabinett zu bilden, das nach Möglichkeit infand wäre, die Hilfe der Liberalen und der Bauernbündler zu gewinnen und eine spätere bürgerliche Koalitionsregierung vorzubereiten. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß der Bauernbündelführer Wohlin dem Kabinett angehört. Die neue Regierung ist wie ihre sozialistische Vorgängerin eine parlamentarische Minderheitsregierung. Infolge des starken Einflusses von gutgeschulten Verwaltungsbeamten ist sie aber rein technisch der Vorgängerin zweifellos überlegen. Man rechnet in Stockholm damit, daß die neue Regierung bei geschickter Führung bis zu den Wahlen im Herbst 1924 am Ruder bleiben kann. Aus wahltaktischen Gründen ist bis dahin auch eine Minderheitsregierung und seiner Partei zur Macht wahrscheinlich ausgeschlossen.

Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Staatsminister (Ministerpräsident) Trygger, Führer der konservativen Fraktion in der Ersten Kammer des Reichstags; Außenminister der Stockholmer Oberstaatsanwalt Hedberg; Justizminister Universitätsprofessor Gleditsch; Verteidigungsminister der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Ralmroth; Sozialminister Landeshaupmann (etwa Regierungspräsident) Wain; Verkehrsminister Landeshaupmann Låber; Finanzminister Fabrikdirektor Westow; Kultusminister Reichsarchivar Glason; Landwirtschaftsminister Peter-Jon-Rålöv; Handelsminister Universitätsprofessor Wohlin, Führer der Bauernbündelpartei in der Ersten Kammer; Minister ohne Portefeuille die Staatssekretäre Gafvelrot (im Landwirtschaftsministerium) und Strödsberg (im Finanzministerium).

# Kurze Nachrichten.

\* **Lebenslängliche Zwangsarbeit.** Das französische Kriegsgericht Bochüm, verhandelte gegen eine Anzahl Steinbrucharbeiter, weil sie den von den Franzosen besetzten Wasserläufen angeblich mit Steinen beworfen hätten. Die Arbeiter sagten aus, die Steine seien ihnen entfielen und fortgerollt. Das Gericht verurteilte einen nicht erkrankenen Arbeiter zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und zwei zu je 10 Jahren Zwangsarbeit.

\* **Die Verbindung mit Koblenz.** Die Franzosen haben die Teilstrecke bis Ems stillgelegt. Sie erklären, eine direkte Schnellzugverbindung Ems-Paris einzurichten zu wollen. Der Verkehr Limburg-Kassau wird noch von deutscher Seite ausrecht erhalten. Von Kassau aus ist eine Postautoverbindung nach Koblenz hergestellt worden.

\* **Post- und Telegrammverkehr mit Mainz.** Die Franzosen haben jeden unmittelbaren Post- und Telegrammverkehr mit Mainz unterbunden und die Einrichtung von Postbetrieben bei Nachbarpostanstalten von Mainz im besetzten Gebiet verboten. Günstigliche und eingeschriebene Briefsendungen sowie Telegramme für Mainz — andere Sendungen sind nicht zugelassen — werden daher auf das Postamt I in Darmstadt geleitet und dort zur Abholung durch die Empfänger bereitgehalten. Nicht abgeholte Telegramme werden unbestellbar gemeldet. Die in 10 Tagen nicht abeholten Briefsendungen werden an die Absender zurückgeschickt; Gebühren werden nicht erstattet. Von dieser Einrichtung können nur solche Einwohner von Mainz Gebrauch machen, die die Sendungen in Darmstadt selbst abholen können. Eine gemeinschaftliche Abholung durch eine Person verbietet sich, weil die Franzosen den Verkehr nach Mainz stark überwachen und Fahrzeuge usw. daraufhin durchsuchen, ob Briefe usw. für fremde Firmen mitgebracht werden.

# Badische Übersicht.

## Das argentinische Generalkonsulat.

Amlich wird uns mitgeteilt:  
\*\* Zum Konsul beim Argentinischen Generalkonsulat in Hamburg ist Alberto Guridi Vazquez ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt wurde, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

## Karlsruhe.

Gestern nachmittag wurde im Rheinbafengebiet eine Anzahl von Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, den Franzosen beim Abtransport von im Safen liegenden Gütern Hilfe geleistet zu haben. Gerichtliche Untersuchung gegen diese Personen, die zum Teil in Karlsruhe, zum Teil auch auswärts wohnhaft sind, ist eingeleitet; der Stand der Untersuchung gestattet noch nicht, Namen bekanntzugeben.

## Kebl.

Die Personalvertretung des Bahnhof Kebl war für Mittwoch vormittag vor den Brückentopfkommandanten vorgeladen. Dort wurde an die Vertreter die Frage gestellt, ob die Eisenbahner genehmigt seien, unter französischer Aufsicht den Dienst aufzunehmen. Die Frage wurde von der Personalvertretung verneint, womit die Unterredung beendet war. Was die Franzosen nun weiter beabsichtigen, läßt sich noch nicht erkennen.

Bei dem Bahnhof Legeßburt bei Kebl wurde von den Franzosen ein 2 Meter langer leichter Schützengraben mit Schutzrichtung gegen Appenweier aufgemworfen.

## Offenburg.

Die Franzosen haben heute vormittag Rathaus und Bahnhof in Orten besetzt. Der 8 Uhr-Zug in der Richtung Gengenbach wurde festgehalten. Über Ortenberg hinaus wurden gegen Dilsbach und Egersweiler hin französische Patrouillen beobachtet.

Die drei aus ihren Dienstwohnungen im Offenburger Rangierbahnhof verdrängten Eisenbahnerbeamten, die übrigens nicht ausgewiesen wurden, haben inzwischen mit ihren Familien Notwohnung gefunden.

## Französische Plakatanschläge.

In Legeßburt, Kozl und Offenburg sind Plakate der Interalliierten Kommission angeschlagen, wonach der Industrie des Brückentopfgebietes Kohlen angeboten werden. Dieser Kundmachung, die offenbar die wirtschaftliche Sorge der Franzosen für das von ihnen besetzte Gebiet darthut, steht ein Plakatanschlag in Offenburg gegenüber, in welchem die Franzosen erneut Arbeiter zum Kohlenladen suchen; sie bieten darin 1100 Mk. (Mitteldollar) für die Verladung einer Tonne. Auf der einen Seite werden mit großer Geste Kohlen angeboten, auf der anderen Seite sucht man Arbeiter, um Reichsbahnkohl zu stehlen!

Mit den bisher mit der Verladung der Reichsbahnkohl beschäftigten Arbeitern (teils Elsässer, teils deutsches Gesindel) haben die Franzosen recht schlechte Erfahrungen machen müssen. Einen Teil von diesen Arbeitern mußten sie wegen Unterzahlung von Lohngebern in Haft nehmen, andere wurden wegen Diebstahls im Bahnhofsgelände entlassen oder ebenfalls verhaftet, wieder andere sind wegen „zu strenger Behandlung“ einfach davongelaufen. Wer sich mit solchen leichtsinnigen Elementen einläßt, wie die so sehr um Recht und Ordnung bemühten Franzosen, braucht für die entsprechenden Erfahrungen nicht zu sorgen!

## Der badische Zuckerrübenbau im Jahr 1922

Im Erntejahr 1922 waren in Baden 2410 Hektar mit Zuckerrüben angebaut. Diese Fläche verteilte sich in der Hauptsache auf 9 Amtsbezirke des Unterlandes. Nur im Kraichgau, der unteren Rheinebene und im Wauland wird die Zuckerrübe in größerem Umfang angebaut, und zwar sind es dort die folgenden Bezirke: Sinsheim (94 Hektar), Eppingen (364), Mannheim (24), Mosbach (279), Schwochingen (165), Seidelberg (148), Bruchsal (127), Weinheim (115), und Durlach (87). In weitem Abstand folgt dann der Bezirk Pforzheim mit 10 Hektar, alle anderen Amtsbezirke erreichen noch nicht einmal diese Fläche. Mittelpunkt des Zuckerrübenbaues ist die Zuckerrüben-Waghäusel. Weitauß die größte Menge der Rüben wird auf den Gütern der Zuckerrübenfabrik selbst gewonnen, der kleine Bauer tritt als Zuckerrübenpflanzler in Baden ziemlich in den Hintergrund. Über 3000 Hektar hat die Zuckerrüben-Waghäusel vom Domänenrat, von Ständes- und Grundherren gepachtet und erzielt auf diesen muster-gültig umgetriebenen Rachtöfen reiche Ernten. Wie die „Statistischen Mitteilungen“ hervorheben, deren Nr. 3 die obigen Angaben entnommen sind, liegt in diesen eigentümlichen Wirtschaftsverhältnissen die große Stetigkeit der Zuckerrübenanbauflächen begründet: Einer Anbaufläche von 2379 Hektar im Jahr 1913 stehen 2410 Hektar im Jahr 1922 gegenüber.

**Kurze Nachrichten aus Baden.**

DZ. Oberweiler, 19. April. Am Bahnhof Müllheim werden zurzeit verschiedene Hölzer verladen. Darunter befindet sich auch eine Linde, bei der es sich, wie aus Inschriften zu ersehen ist, um die Hebelinde handelt, die auf dem Innerberg stand und allen Wandlern und Gebetsfreunden der Umgegend gut bekannt war. Die Linde war anlässlich des 100jährigen Geburtstages Johann Peter Hebels mit noch zwei weiteren Linden gepflanzt worden. Die beiden anderen Linden waren eingegangen. Die dritte Linde war von dem früheren Besitzer wie ein Kleinod gehegt und gepflegt worden. Nun ist nach seinem Tode das Grundstück mit der Linde in andere Hände übergegangen und auch die Linde mußte fallen.

DZ. St. Blasien, 19. April. Allgemeines Aufsehen erregten am letzten Sonntag nachmittag zwei jüngere Männer, die in einem hiesigen Gasthaus in auffälliger Weise die Franzosen lobpriesen. Die Gendarmerie, die auf die Sache aufmerksam gemacht wurde, nahm sich der beiden an. Vermutlich handelt es sich um Leute, die in französischen Diensten stehen. Es stellte sich dann heraus, daß sie an einem Diebstahl, der dieser Tage in der Pension „Kehrwieder“ verübt wurde, beteiligt sind.

Der Unterlehrer Wilhelm Schrott von Hoch, der über die Osterferien an einem Kurs im biologischen Institut auf der Insel Helgoland teilnahm, ist als Assistent an dieses Institut berufen worden.

DZ. Badenweiler, 19. April. Die neu zu besetzende Stelle des hiesigen Bürgermeisters ist nunmehr zur Ausschreibung gekommen. In erster Linie sollen Badener Staatsangehörige als Bewerber berücksichtigt werden.

DZ. Konstanz, 19. April. Gestern nachmittag wurden in einem hiesigen Gasthaus zwei in den zwanziger Jahren stehende junge Leute tot vorgefunden. Sie sind wahrscheinlich während der Nacht durch Vergiftung aus dem Leben geschieden. Die beiden Toten stammen aus Karlsruhe und Tuttlingen.

Bei den Pfahlbauten hinter der alten Kaserne hat man zwei menschliche Skelette ausgegraben, die wahrscheinlich aus der Franzosenzeit um 1800 herum stammen.

**Aus der Landeshauptstadt.**

Die neuerliche Aufwärtsbewegung des Dollarkurses haben, so wird uns von zuständiger Stelle geschrieben, mehrfach Geschäftsinhaber und Händler zur Veranlassung genommen, mit ihren Preisforderungen in die Höhe zu gehen. Dieses Verhalten ist ebenso verwerflich wie sachlich unbegründet. Die Kaufkraft der Mark im Inlande hat in den letzten Tagen keine wesentliche Änderung erfahren. Es ist unzulässig, bei reiner Inlandsware den Preis an den jeweiligen Kurs des

ausländischen Geldes (Dollar) anzupassen. Wer diesem Grundsatz zuwiderhandelt, hat wegen Preistreiberei strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen. An die Bevölkerung ergeht die Mahnung, die Ruhe zu bewahren und keine Ankäufe vorzunehmen. Unbesonnenheit schädigt den Käufer und die Allgemeinheit. Preistreibern und Wucherern wird mit den schärfsten Mitteln (Verhaftung, Beschlagnahme der Vorräte, Schließung des Betriebs) entgegengetreten. Die Fahndungsorgane sind zu strenger Überwachung des Geschäftsverkehrs angewiesen. Anzeigen gegen Wucherer und Schieber werden auf Zimmer Nr. 25 des Bezirksamts entgegengenommen.

**Die Beisetzung des Geistl. Rats Linf**

gestaltete sich am Montag zu einer imposanten Trauerkundgebung. Um 10 Uhr begann in der St. Stefankirche das Totenoffizium, an dem sich unter Leitung von Herrn Geistl. Rat Stumpf gegen hundert Geistliche von hier und auswärts beteiligten. Domkapitular Stumpf von Freiburg hielt die Leichenrede. Unter den vielen, die sich zur Teilnahme an der Trauerfeier eingefunden hatten, sei vor allem Herr Staatspräsident Kemmle genannt, der in Begleitung der beiden Herren Minister Köhler und Trunt erschienen war. Vertreten waren ferner das Kultusministerium durch Ministerialdirektor Schmidt, auch der frühere Kultusminister, Erzengel Dübisch. Die städtischen Behörden waren vertreten durch die Herren Oberbürgermeister Hinter, Bürgermeister Sauer und Kleinschmidt; Bürgermeister Schneider war als Mitglied des Stiftungsrats anwesend. Die Beamten des Oberstiftungsrats nahmen unter Führung des Herrn Präsidenten Stark teil. Der Evangelische Oberkirchenrat war durch den Herrn Prälaten Schmittbener vertreten, die evangelische Stadtgeistlichkeit durch Herrn Stadtpfarrer u. Dekan May, die israelitische Gemeinde durch Herrn Stadtrabbiner Kurzein. Die Beisetzung selber nahm Herr Domkapitular Stumpf unter Assistenz der Herren Kapläne Ruhigambelger und Merkel vor. In der Friedhofskapelle sang der Chor zur Einleitung O bone Jesu. Am Grab sprach Geistl. Rat Stumpf im Namen der Geistlichkeit des Stadtkapitels, die in dem Wirken des Dahingegangenen stets ein Vorbild des gemessenen, gläubigen Seelsorgers gehabt habe. Geistl. Rat Stadtdelan und Dompfarrer Brettle von Freiburg, der seinen früheren Kaplan und Mitarbeiter und seiner von reichem Wissen und eifrigem Willen getragenen Arbeit das beste Lob spendete, gedachte im Namen der Stadtdelane Mannheim und Freiburg seiner Tätigkeit als Stadtdelan. Herr Ministerialrat Fesch sprach im Auftrag des Stiftungsrats St. Stefan, den Gefühlen des Dankes und der Verehrung des Gesamtstiftungsrates der katholischen Gesamtgemeinde gab Herr Oberfinanzinspektor Stadelbacher Ausdruck. Herr Oberrechnungsrat Bruntel feierte den Verstorbenen als früheren Pfarrer von St. Anton. Hauptlehrer Strobel widmete dem früheren Kaplan der Hebraeischen Kirche ehrende Gedanken. Die katholischen Organisationen der Stadt fanden in Herrn Ministerialrat Dr. Baumgartner ihren Sprecher. Der Herr

Präsident des katholischen Oberstiftungsrates Stark sprach den Dank im Namen des Ringenvereins und überhaupt der karitativen Vereine aus. Das Grab wurde überdeckt mit Kränzen.

\* Verein Karlsruher Presse. Die alljährliche Generalversammlung, die im Concordeaal des Restaurants Moninger stattfand, hatte sich mit den üblichen Punkten zu befassen. Der Vorsitzende Generalsekretär Dees erstattete den Tätigkeitsbericht und kam dabei auf die politische Lage zu sprechen, die natürlich auch das Vereinsleben beeinflusste. So mußte das diesjährige Pressefest abgejagt werden, obwohl bereits einige Unkosten entstanden waren, und der Unterstützungskasse bei dem Existenzkampf der Presse ein Zuwachs zu wünschen gewesen wäre. Die Einsicht des Vereins wurde durch eine Reihe von Stiftungen anerkannt. Der Mitgliederstand ist: 1 Ehrenmitglied, 47 ordentliche und 9 außerordentliche, zusammen 57 Mitglieder. Der monatliche Beitrag wurde für ordentliche Mitglieder auf ein Fernbriefporto, für außerordentliche auf 50 Prozent höher festgesetzt. Nach dem Bericht des Kassierers Binder hat die Kasse einen Bestand von 120 000 M., was geprüft und in Ordnung befunden wurde. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Generalsekretär Dees, 2. Vorsitzender Chefredakteur Meyer („Bad. Beobachter“), Schriftführer Gerhardt („Karlsruher Tagblatt“), Kassierer Binder (Nachrichtensstelle der Süddeutschen Distriktsvereinsgesellschaft Karlsruhe), Beisitzer: Amend („Karlsruher Zeitung“), Becker („Residenzanzeiger“), Dr. Schneider („Bad. Presse“), u. Sedendorf (Pressestelle des badischen Einzelhandels), Regierungsrat Weismann (Presseabteilung der badischen Regierung), Winter („Volkstribüne“). Der Verwaltungsrat der Unterstiftungskasse setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Dees, stellvertretender Vorsitzender Dr. Dröse („Badische Presse“), Schriftführer Gerhardt, Kassierer Binder, Winter. Die Art der Beteiligung an der zweiten Südwestdeutschen Journalistenfahrt fand einstimmige Billigung.

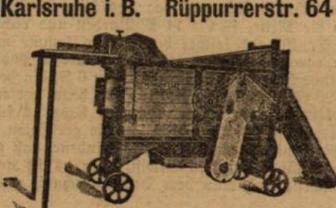
\* Landestheater. In der heutigen Aufführung von Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ singt für den erkrankten Herrn Rentwig Herr Alfred Ernesti von Landestheater in Stuttgart die Partie des Belmonte.

**Staatsanzeiger.**

**Bekanntmachung.**

Das argentinische Generalkonsulat in Hamburg betr. Herr Alberto Guridi Bazrane ist zum Konsul beim Argentinischen Generalkonsulat in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen. Karlsruhe, den 17. April 1923. Badisches Staatsministerium. Remmele.

**Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen**  
**Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft**  
**Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)**

<p><b>Wieland, Faß &amp; Co., G. m. b. H.</b>          Telefon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201          Telegramm-Adresse: Landmaschine.  <b>Großhandlung landwirtsch. Maschinen</b>          der Generalvertreter:          R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren <b>Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.</b>          Beste und billigste Bezugsquelle.</p>	<p><b>Landw. Maschinen und Geräte</b>  <b>jeder Art, Ersatzteile usw.</b>          erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lagern          Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg, Mosbach, Helmstadt, Waldshut, Steinen, Radolfzell  <b>Bad. landw. Hauptgenossenschaft</b>          — Abteilung Maschinen —          Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.</p>	<p><b>Gebr. Wülker</b>          Karlsruhe i. B. Rüppurrerstr. 64            Beste, handhabungssichere <b>SPRENGSTOFFE</b>  <b>Sprengkapseln und Zündschnüre</b>          zum Sprengen von Baumstumpfen  <b>Pulverfabrik Ettlingen (Baden)</b>          Telefon Nr. 8</p>
<p><b>Fahrbare Putzdreschmaschinen</b>          Original »GERÜ«, 5fache Sortierung, 2 und 3 Schütler, mit und ohne Elevator, Kraftbedarf 1—3 PS.  <b>Hackmaschinen (Pflanzenhilfe)</b>  <b>Düngerstreumaschinen (Westfalia)</b>  <b>Erntemaschinen (Fahr-Krupp &amp; Deering)</b>  <b>Bandsägen und Kreissägen</b>          sowie sonstige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller Art liefert zu günstigen Preisen  <b>Einkaufs - Vereinigung südd. Landwirte m. b. H.</b>  <b>Durlach</b>          Telefon 66 :: Hauptstraße 2, Gasthaus zur Blume</p>	<p><b>Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums</b>          Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.)          („Wissen und Wirken“ Band 4)          Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels          Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.</p>	<p><b>Hack-Häufelpflüge — Acker-, Saat- und Wiesen-Patent EGGEN Neubeck</b>          sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise  <b>Josef Neubeck, Rastatt</b></p>

**Badisches Landestheater.**  
 Samstag, 21. April. 7—9 1/2 Uhr. Sp. I. 6000 M.  
 Abonn. A 19. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501—700.  
 Der Ring des Nibelungen. Vorabend:  
**Das Rheingold**  
 Bei dem **Städt. Jugendamt** ist die Stelle der **Leiterin des Kinderhortes** zum 1. Juli ds. Jrs. neu zu besetzen. B.395 Die Anstellung erfolgt vertragsmäßig nach Gruppe IV des Tarifs für Behördenangestellte. Fachliche Ausbildung Bedingung. Bewerbungen mit Nachweisen über Bildungsgang, Lebenslauf, Zeugnisabschrift über die bisherige Tätigkeit sind spätestens bis 15. Mai 1923 hierher einzureichen. Baden-Baden, den 14. April 1923. **Städtisches Jugendamt.**

**Sprechstage und Kassenstunden betr.**  
 Für den Personenverkehr beim Finanzamt sind **Sprechstage** eingerichtet. Die Sprechstunden sind auf 8—12 Uhr und 3—5 1/2 Uhr festgesetzt. Während der Sprechstunden können die Steuerpflichtigen Auskunft einholen, Steuererklärungen oder Einsprüche gegen Steuerbescheide mündlich zu Protokoll geben. Zur Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 sowie für die Veranlagung zur Vermögenssteuer und Zwangsanleihe werden bis zum 30. April täglich **Sprechstage** abgehalten. Die **Kassen** des Finanzamts sind täglich geöffnet von 8—12 Uhr und von 2 1/2—4 Uhr, am Samstag nur von 8—11 Uhr. An den Rittwoch- und Sonntag-Nachmittagen sowie am letzten Werktag des Monats sind sämtliche Kassen geschlossen. Karlsruhe, den 18. April 1923. **Finanzamt-Stadt.**

**Perler-Teppiche**  
 jed. Größe, jed. Art, kauf. Angebote unt. 1. M. 167 an **Rudolf Mosse, Mannheim.**  
 Bei der Stadtasse **Furtwangen** ist die Stelle eines **1. Buchhalters** sofort zu besetzen. Gehalt nach Gruppe VI oder VII der Besoldungsordnung je nach Alter u. Ausbildung. Im Gemeinderat sind wegen gut ausgebildeter u. erfahrener Bewerber wollen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen unter Angabe der Gehaltsan-

sprüche umgehend einreichen. B.394 Der **Bürgermeister.**  
**Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
 B.916. Lafr. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schneidemeisters Friedrich Klump in Dinglingen ist gemäß § 202 N.O. auf Antrag des Gemeindefuldners eingestellt, nachdem dieser die Zustimmung der zu berücksichtigenden Gläubiger beigebracht und die Einstellung der Gläubiger, deren Forderungen angemel-

det, aber nicht festgestellt sind, nachgewiesen hat. Lafr. 11. April 1923. **Bad. Amtsgericht.**  
 B.913. Lafr. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Ersten Lafrer Schuhfabrik Mejer & Co.** in Lafr soll die Schlussverteilung erfolgen. Bei einer verfügbaren Masse von 110 735,25 M sind zu berücksichtigende 7717,77 M bevorrechtigte und 32 630,29 M Forderungen ohne Vorrecht Lafr, 18. April 1923. Der **Konkursverwalter:** **Söhlinger, Rechtsanwalt.**